

Vorwärts: Nordrhein-Westfalen

Regional

Herausgeber
Frank Ulrich Wessel
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Redaktion
Bernd Neuendorf

Email
vorwaerts@nrwspd.de
Internet
www.nrwspd.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

eine Fülle von Nachrichten strömt täglich auf jeden von uns ein. Die Tagespolitik oder – ganz aktuell – die Fußball-Weltmeisterschaft stehen im Vordergrund. Das ist verständlich. Mich hat in den letzten Tagen dennoch ein Ereignis beschäftigt, das keine großen Schlagzeilen produziert hat.

In Köln betritt ein junger Mann aus Ghana eine Gastwirtschaft, um Geld zu wechseln. Sechs Männer pöbeln den 20jährigen Berufsschüler an, der einen deutschen Pass besitzt. Der junge Mann verlässt die Kneipe. Er hat Angst. Er wird verfolgt, beschimpft, geschlagen.

Zufällig kommt auf der gegenüberliegenden Straßenseite ein junger Mann vorbei. Der Familienvater erkennt die



Situation, lässt seine Freundin und die Tochter im Kinderwagen stehen und eilt dem Bedrängten zu Hilfe. Es kommt zu einer handfesten Auseinandersetzung. Schließlich trifft die Polizei ein. Die Männer werden getrennt, vier der sechs Angreifer festgenommen.

Mich hat der Mut des jungen Familienvaters zutiefst beeindruckt. Sein Einsatz gegen Rassismus ist vorbildlich. Es zeigt sich: Wer dem Rechtsextremis-

mus energisch, konsequent und öffentlich entgegentritt, erzielt Erfolge. Es gibt viele Beispiele von Zivilcourage gegen Rechts in Deutschland. Das zeigt: Die Menschen wollen in einer weltoffenen, friedlichen und solidarischen Gesellschaft leben.

Konkretes Handeln gegen Neonazis, Rassismus und Gewalt ist notwendig und möglich. Niemand steht allein. Mit Rat und Tat helfen unzählige Menschen in Ämtern, Initiativen und Projekten. Wir müssen als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen die Menschen über die Möglichkeiten informieren, die es im Kampf gegen Rechts gibt. Wir müssen zum Widerstand gegen die Feinde einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft ermuntern.

Euer Jochen Dieckmann

Umfrage: Unzufriedenheit mit Schwarz-Gelb

VON BERND NEUENDORF

Ein Jahr Rüttgers: Das Meinungsforschungsinstitut infratest-dimap wollte im Auftrag des WDR von den Bürgerinnen und Bürgern Nordrhein-Westfalens wissen, wie sie die Arbeit der schwarz-gelben Koalition beurteilen. Analysiert man das Datenmaterial, so ergeben sich interessante und für die Landesregierung nicht gerade vorteilhafte Resultate. An dieser Stelle wollen wir dokumentieren, weshalb es für CDU und FDP keinen Grund gibt, die eigene Arbeit in den schillerndsten Farben zu malen.

Mit der Arbeit der Landesregierung sind 41 Prozent der Befragten weniger zufrieden und 18 Prozent gar nicht zufrieden (insgesamt 59 Prozent). Selbst unter den CDU-Anhängern sind ein Drittel aller Befragten (34) weniger oder gar nicht zufrieden mit der Landesregierung.

Die wirtschaftliche Lage in Nordrhein-Westfalen wird von einer deutlichen Mehrheit der Befragten als weniger gut (53 Prozent) oder schlecht (24 Prozent) bezeichnet. Erstaunlich: Selbst bei den CDU-Anhängern sagen 53 Prozent, die Lage sei weniger gut und 12 Prozent sie sei schlecht. Bei der FDP sind es 58 und 19 Prozent.

Wir erinnern uns: Im Wahlkampf hatte Schwarz-Gelb erklärt, in NRW könnten eine Million neue Jobs geschaffen werden. Fakt ist: Die Zahl der Arbeitslosen liegt im größten Bundesland immer noch über der Marke von einer Million. Kein Wunder also, dass die Zufriedenheit in puncto Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen arg zu wünschen übrig lässt. 79 Prozent aller Befragten sind weniger oder gar nicht zufrieden. Bei den CDU-Anhängern beträgt dieser Anteil 68 Prozent und bei den FDP-Anhängern sogar satte 84 Prozent.

Mit der bisherigen Politik der Landesregierung im Bereich des Schuldenabbaus sind 71 Prozent aller Befragten weniger oder gar nicht zufrieden (CDU-Anhänger 62 Prozent; FDP-Anhänger 65 Prozent). Und 52 Prozent aller Befragten sind we-

niger oder gar nicht zufrieden, wenn es um die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls geht. 74 Prozent aller Befragten finden, dass die Landesregierung nicht genug für Kinder und Jugendliche tut.

Die komplette Regierungsmannschaft von Rüttgers ist weitgehend unbekannt. Seine Minister haben es nicht geschafft, Profil zu gewinnen.

Richtig ist: In der Sonntagsfrage liegt die Koalition noch vorne. Es gibt nach wie vor so etwas wie einen Vertrauensvorschuss. Aber die genannten Werte dokumentieren, dass die Koalition dabei ist, dass in sie gesetzte Vertrauen zu verspielen. Wir bleiben dabei: Rüttgers macht eine Politik ohne Herz und Verstand. Die SPD darf und wird nicht müde werden, dies zu thematisieren. ■





Über Neuausrichtung der Bildungspolitik diskutiert

Marlies Stotz bleibt Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Die Lippstädter Landtagsabgeordnete Marlies Stotz ist auf der Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in Gelsenkirchen ohne Gegenstimme für zwei weitere Jahre zur Landesvorsitzenden gewählt worden.

„Ich freue mich sehr über das zustimmende Votum der Konferenz“, erklärte die SPD-Bildungspolitikerin, die zuletzt auch in den AfB-Bundesvorstand als Vertreterin für Nordrhein-Westfalen gewählt wurde. „Bildung ist der wesentliche Schlüssel für den Gewinn der Zukunft für jeden einzelnen Menschen und natürlich auch für unsere Gesellschaft“, sagte Marlies Stotz nach ihrer Wahl. „Als AfB wollen wir einen wichtigen Beitrag für die anstehenden Debatten in der Partei nach innen und außen liefern.“



Der neue AfB-Landesvorstand präsentierte sich nach der Wahl in Gelsenkirchen. Die Landesvorsitzende Marlies Stotz (vordere Reihe, 2. von rechts) wurde für weitere zwei Jahre in ihrem Amt bestätigt.

Die inhaltliche Debatte wurde mit einem Impulsreferat der Bildungsforscherin Prof. Gabriele Bellenberg von der Ruhruniversität Bochum eingeleitet. In ihrer kritischen Beurteilung der schwarz-gelben Schulpolitik erteilte sie unter anderem der geplanten Abschaffung der Grundschulbezirke eine klare Absage. Diese Maß-

nahme, so die Wissenschaftlerin, widerspreche fundamental dem Gebot der Chancengleichheit.

Ein weiteres zentrales Thema der Landeskonferenz war die Frage nach der künftigen Schulstruktur in Nordrhein-Westfalen. „Wir müssen die zahlreichen Hinweise über die Nachteile der

allzu frühen Selektion in unserem Schulsystem ernst nehmen. Eine offene Auseinandersetzung ohne Scheuklappen und ohne Tabus über Fragen zum längeren gemeinsamen Lernen aller Kinder in einer Schule, ist unumgänglich“, sagte Marlies Stotz.

In einem von den Delegierten der Landeskonferenz einstimmig verabschiedeten Antrag des AfB-Landesvorstandes heißt es unter anderem: „Wir brauchen eine neue Schul- und Lernkultur, in deren Mittelpunkt das Kind und der Jugendliche mit seiner jeweiligen Individualität stehen.“ Die Konzepte, die diese Forderungen aufgreifen, so Marlies Stotz, sollen nun mit allen am Bildungswesen Beteiligten gemeinsam entwickelt werden. Am Ende dieses Prozesses müsse eine Schule stehen, die alle Kinder mitnimmt und kein Kind ausgrenzt und zurücklässt. ■

ANZEIGE

Armin Jahl übernimmt Vorsitz



Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in Nordrhein-Westfalen hat einen neuen Vorsitzenden. Bei der AfA-Konferenz in Oberhausen wurde Armin Jahl am 13. Mai mit 85 von 103 Stimmen gewählt. Er löst damit Rainer Schmelzer ab, der die AfA in NRW vier Jahre geführt hatte. Stellvertretende Vorsitzende sind Cornelia Beverungen-Willma, Erwin Duchna, Günter Garbrecht, Markus Gluch und Wolfgang Lorenz.

Rainer Schmelzer: „Armin Jahl hat über viele Jahre die AfA im Unterbezirk Dortmund vorbildlich geführt und sie zu einem unverzichtbaren Bestandteil der NRWSPD gemacht. Seine Wahl zum AfA-Landesvorsitzenden ist somit konsequent und überaus begrüßenswert.“

Einmütig wandten sich die Delegierten – darunter zahlreiche Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschafter – gegen eine weitere Reduzierung der Reallöhne bei stetig steigender Arbeitszeit. Immer neue Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

lehnte die AfA-Landeskonferenz ab. Die Probleme der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland dürften nicht zu Lasten der Beschäftigten gelöst werden.

Die AfA-Landeskonferenz sprach sich dafür aus, künftig bei der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme sämtliche Einkommensarten einzubeziehen. Zugleich wurde die Wiedereinführung der Vermögenssteuer gefordert. Der neue AfA-Landeschef erklärte, die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme der Erwerbsunfähigkeitsrente müssten verbessert werden.

Erwartungen wurden auch an den NRW-Landesverband der SPD gerichtet. So dürfe bei der Gesundheitsreform keinem Kompromiss zugestimmt werden, der Arbeitgeber weniger und Arbeitnehmer stärker belaste. Eine Reform des Gesundheitswesens müsse klar die Handschrift der SPD erkennen lassen und sich somit an der Bürgerversicherung orientieren. Eine Kopfpauschale lehnt die AfA ab. ■

AsF in NRW mit neuer Spitze

Die Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) hat am 20. Mai in Oberhausen die Landtagsabgeordnete Gerda Kieninger mit 95,7 Prozent der Stimmen zur neuen Vorsitzenden gewählt. Die bisherige Vorsitzende Renate Drewke hatte nicht wieder kandidiert.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden aus der Region Ostwestfalen-Lippe Helga Gießelmann (Mdl), aus der Region Niederrhein Ariane Knauer und aus der Region Mittelrhein Ulla Meurer (Mdl) gewählt.



Zu Beginn der Konferenz verwies der SPD-Landesvorsitzende Jochen Dieckmann darauf, dass die Frauen in der NRWSPD eine bedeutende Rolle spielen und künftig noch stärker in die Arbeit eingebunden werden sollen. Die Interessen der Frauen in der Partei würden gut vertreten. Thema seiner Rede war auch die frauenfeindliche Politik der konservativ-liberalen Landesregierung.

Obwohl der Landeshaushalt von steigenden Ausgaben und einer höheren Neuverschuldung geprägt sei, plane Schwarz-Gelb Kürzungen im Bereich Frauen, Kinder und Jugend, ergänzte Dieckmann. Gegen diese sozial völlig unausgewogene Politik werde die

nordrhein-westfälische SPD entschieden angehen.

In ihren Anträgen befasste sich die Konferenz mit den Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Gewalt gegen Frauen und Kinder. Generell wurde die eindeutig gegen die Interessen von Frauen gerichtete Politik der Rüttgers-Regierung kritisiert. So sei es

nicht hinnehmbar, dass die Koalition in Düsseldorf die Landeszuschüsse zu den Frauenhäusern um 30 Prozent kürzen wolle.

Außerdem fordern die Frauen den SPD-Landesvorstand auf, die Geschlechterquote in allen Personalentscheidungen umzusetzen. ■



AsF-Vorstandsmitglieder nach ihrer Wahl in Oberhausen. Bild oben: Die neue Landesvorsitzende Gerda Kieninger.

Neuer Betriebsrat der NRWSPD gewählt

Die betriebliche Mitbestimmung ist Kernelement gesellschaftlicher Teilhabe und wesentlicher Grundpfeiler unserer sozialen Wirtschaftsordnung. Die SPD hat 2001 mit der Reform der Betriebsverfassung die Arbeitsgrundlagen und Rechte der Betriebsräte verbessert und steht auch weiterhin für verbindliche Arbeitnehmerrechte ein. Dies gilt natürlich auch für die Beschäftigten der SPD. Deshalb haben die rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NRWSPD am 18. Mai einen neuen Betriebsrat gewählt.

Dem 7-köpfigen Betriebsrat gehören jetzt Dirk Borhart, Uschi Brehm, Volker Meier, Ruth Meiß, Dirk Presch, Sigrid Schneider sowie Peter Weckmann an.

Volker Meier bleibt Chef des Betriebsrates

Unmittelbar nach der Wahl hat der neue Betriebsrat seine Arbeit aufgenommen und erste personelle Entscheidungen getroffen. Der amtierende Betriebsratsvorsitzende Volker Meier wurde erneut zum Vorsitzenden, Dirk Presch und Peter Weckman

wurden zu seinen Stellvertretern gewählt. Peter Weckmann und Volker Meier werden den Betriebsrat in der Personal- und Strukturkommission vertreten.



Volker Meier

Richard Luckau erster Jugend- und Auszubildendenvertreter

Erstmals wurde auch ein Jugend- und Auszubildendenvertreter gewählt. Die Auszubildenden wählten den 20-jährigen Richard Luckau (z.Zt. Auszubildender im SPD-Landesbüro) zu ihrem JAV-Vertreter.

Kontakt: Betriebsrat der NRWSPD
Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf
E-Mail: betriebsrat.nrw@spd.de
Telefon: 02 11 / 1 36 22-150

NRW wird 60 – Der Geburtstagsfilm

In diesem Jahr feiert Nordrhein-Westfalen seinen 60. Geburtstag. Die Geschichte des „Bindestrichlandes“ ist zu großen Teilen auch eine Erfolgsgeschichte der NRWSPD: Fritz Steinhoff, Heinz Kühn, Johannes Rau, Wolfgang Clement und Peer Steinbrück haben als Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalen entscheidend geprägt. Die NRWSPD hat anlässlich des Geburtstages einen Film produziert, der sehr anschaulich macht, wie Sozialdemokraten die Entwicklung Nordrhein-Westfalens maßgeblich bestimmt haben. Erstmals präsentiert wurde der Film auf dem Landesparteitag der NRWSPD am 1.4.2006 in Bochum.

Wer sich den Film direkt ansehen möchte, kann das auf der Internetseite der NRWSPD (www.nrwspd.de) tun. Diejenigen, die den Film auf Veranstaltungen einsetzen möchten, können ihn bei der NRWSPD zum Unkostenpreis von 5 Euro als DVD bestellen. ■

Kontakt:
NRWSPD
Stichwort „Geburtstagsfilm NRW“
z. Hd. Hans Bruckhaus
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf
E-Mail hans.bruckhaus.nrw@spd.de





Dieckmann, Jochen MdL, Vorsitzender der NRWSPD
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 136 22 - 309
Fax: 02 11 / 136 22 - 53 09
jochen.dieckmann.nrw@spd.de
www.jochen-dieckmann.de

Neuer Vorstand der NRWSPD stellt sich vor

Auf ihrem Bochumer Parteitag hat die NRWSPD am 1. April einen neuen Vorstand gewählt. Wir möchten euch die 37 Mitglieder dieses Gremiums heute vorstellen und ihre Kontaktdaten sowie die Arbeitsschwerpunkte präsentieren. Ihr habt somit die Möglichkeit, künftig direkt mit den Vertretern des Landesvorstandes ins Gespräch zu kommen.

Der Landesvorstand leitet den Landesverband der SPD. Er setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden, vier stellvertretenden Vorsitzenden, dem Generalsekretär, dem Schatzmeister sowie insgesamt 30 Beisitzerinnen und Beisitzern. Die Vorstandsmitglieder werden laut Satzung vom Landesparteitag für die Dauer von zwei Jahren gewählt.



Altenkamp, Britta MdL, stellv. Vorsitzende der NRWSPD
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 8 84 26 55
Fax: 02 11 / 8 84 31 76
britta.altenkamp@landtag.nrw.de
www.britta-altenkamp.de
Arbeitsschwerpunkte: Kinder, Jugend, Familie, Integration, Leitbild, Soziale Stadt



Fischer, Birgit MdL, stellv. Vorsitzende der NRWSPD
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 8 84 25 53
Fax: 02 11 / 8 84 32 16
Wahlkreis Bochum: Tel.: 02 34 / 4 38 48 - 93, Fax: - 95
birgit.fischer@landtag.nrw.de
www.birgit-fischer-spd.de
Arbeitsschwerpunkte: Gesellschaft, Soziales und Gesundheit; Bürger, Gesellschaft und Ehrenamt



Rudolph, Dr. Karsten MdL, stellv. Vorsitzender der NRWSPD
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel.: 02 11 - 8 84 26 94
Fax: 02 11 - 8 84 32 08
karsten.rudolph@landtag.nrw.de
www.karsten-rudolph.de
Arbeitsschwerpunkte: Grundsatzfragen, Medienpolitik, Innenpolitik



Schäfer, Ute MdL, stellv. Vorsitzende der NRWSPD
SPD-Fraktion, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel.: 0211 - 8842275
Fax: 0211 - 8842074
ute.schaefer@landtag.nrw.de
www.uteschaefer.de
Arbeitsschwerpunkte: Schul- und Bildungspolitik



Groschek, Michael MdL, Generalsekretär
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf
SPD-Landesverband: Tel.: 02 11 / 1 36 22-217, Fax: -52 17
SPD-Fraktion Oberhausen: Tel.: 02 08 / 8 25 34 76
SPD-Fraktion Dinslaken: Tel.: 0 20 64 / 7 03 86
michael.groschek.nrw@spd.de
buero@spd-fraktion-oberhausen.de; spd-dinslaken@gmx.de
www.michael-groschek.de



Römer, Norbert MdL, Schatzmeister
Wahlkreisbüro Ulricherstr. 26-28, 59494 Soest
Tel.: 02921 - 364728
Fax: 02921 - 364718
norbert.roemer@landtag.nrw.de
www.norbert-roemer.de
Arbeitsschwerpunkte: Finanzen, Wirtschaftspolitik



Haug, Jutta MdEP

Europabüro Recklinghausen
Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen
Tel.: 0 23 61 / 140 07
Fax: 0 23 61 / 140 18
europabuero@jutta-haug.de
jhaug@europarl.eu.int
www.jutta-haug.de
Arbeitsschwerpunkte: Europapolitik



Herter, Marc

SPD-Ratsfraktion Hamm
Westhofenstr. 1, 59065 Hamm
Tel.: 0 23 81 / 17 31 86
Fax: 0 23 81 / 9 24 25 - 45
marc.herter@hammspd.de
Arbeitsschwerpunkte: Projekt Mehrheit 2009/2010, Leitbild „Besser statt billiger“, Grundsatzprogrammdebatte



Körfges, Hans-Willi MdL

Wahlkreisbüro Brucknerallee 126, 41236 Mönchengladbach
Landtag: Tel.: 02 11 / 8 84 26 45, Fax: 02 11 / 8 84 32 26
Wahlkreisbüro: Tel.: 0 21 66 / 9 24 90 - 13, Fax: - 20
Wahlkreis@hwkoerfges-mdl.de
hans-willi.koerfges@landtag.nrw.de
www.hwkoerfges-mdl.de
Arbeitsschwerpunkte: Kommunalpolitik, Verwaltungsstrukturreform, Haushalts- und Finanzpolitik, Kampagne 2009/2010



Koschorreck, Elisabeth MdL

Wahlkreisbüro Holzstr. 34, 52349 Düren
Tel.: 0 24 21 / 40 44 - 13
Fax: 0 24 21 / 40 44 - 22
liesel.koschorreck@spd-online.de
elisabeth.koschorreck@landtag.nrw.de
www.liesel-koschorreck.de
Arbeitsschwerpunkte: Sozial- und Jugendpolitik, Kulturpolitik

Mitglieder des Präsidiums

Zur Durchführung der Landesvorstandsbeschlüsse und zur laufenden politischen Geschäftsführung bildet der Landesvorstand ein Präsidium, dem insgesamt 15 Personen angehören. Der Vorsitzende, der Generalsekretär, der Schatzmeister und die vier stellvertretenden Vorsitzenden der NRWSPD gehören dem Präsidium aufgrund ihres Vorstandsamtes an. Auf der konstituierenden Sitzung am 28. April 2006 hat der Vorstand aus seiner Mitte acht weitere Mitglieder für das Präsidium gewählt, die auf dieser Seite abgebildet sind.



Ott, Jochen

Olpener Str. 480, 51109 Köln
Tel.: 02 21 / 92 59 81 16
Fax: 02 21 / 92 59 81 50
info@jochen-ott.de
www.jochen-ott.de
Arbeitsschwerpunkte: Bildungspolitik



Rahe, Ernst-Wilhelm

Löhner Str. 164, 32609 Hüllhorst
Tel.: 0 57 44 / 92 05 05
Fax: 0 57 44 / 92 05 06
rahe@paritaet-nrw.org
Arbeitsschwerpunkte: Medienpolitik, Sozialpolitik, innerparteiliche Bildung



Rapkay, Bernhard MdEP

SPD-Europabüro Dortmund
Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 58 56 16
Fax: 02 31 / 58 56 28
ulla.jander-thiemann.nrw@spd.de
brapkay@europarl.eu.int
www.rapkay.de
Arbeitsschwerpunkte: Wirtschaftspolitik, Energiepolitik



Schultheis, Karl MdL

Wahlkreisbüro Heinrichsallee 50-54, 52062 Aachen
Wahlkreis: Tel.: 02 41 / 9 01 02 97
Fax: 02 41 / 9 03 92 00
Landtag: Tel.: 02 11 / 8 84 26 75
Fax: 02 11 / 8 84 31 75
karl.schultheis@landtag.nrw.de
www.karl-schultheis.de
Arbeitsschwerpunkte: Bildung, Wissenschaft und Forschung, Europa, Kirche

**Baranowski, Frank**

Büro des Oberbürgermeisters
Rathaus Buer, 45875 Gelsenkirchen
Tel.: 02 09 / 169 - 21 90
Fax: 02 09 / 169 - 28 85
oberbuergemeister@gelsenkirchen.de
www.frank-baranowski.de
Arbeitsschwerpunkte: Innenpolitik,
Kommunalpolitik

**Bercht, Alexander**

Sophienstr. 16, 48145 Münster
Tel.: 02 51 / 5 34 88 80
alexander.bercht@citykom.net
Arbeitsschwerpunkte: Leitbild Staat und
Bürger in NRW, Projektgruppe Bildung
und Schule, Projekt Mehrheit 2009/2010

**Bertl, Hans-Werner**

Körnerstr. 22, 42659 Solingen
Tel.: 02 12 / 4 60 21
Fax: 02 12 / 49 96 75
hans-werner.bertl@t-online.de
Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und
Wirtschaftspolitik, Projekt Mehrheit
2009/2010, Personalentwicklung, Leitbil-
der Staat und Bürger in NRW – Partner im
Strukturwandel, Vernetzte Gesellschaft

**Bornträger, Martin**

Paul-Keller-Str. 3, 53879 Euskirchen
Tel.: 02 25 12 / 12 68 11
m.borntraeger@freenet.de
Arbeitsschwerpunkte: Bildungspolitik,
Kommunalpolitik

**Daldrup, Bernhard**

SGK NRW
Elisabethstr. 16, 40217 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 876 74 70
Fax: 02 11 / 87 67 47 27
bernhard.daldrup@sgk-nrw.de
Arbeitsschwerpunkte: Kommunalpolitik,
Verbraucherpolitik, Umwelt und Land-
wirtschaft

**Drewke, Renate**

Am Ischeland 31, 58097 Hagen
Tel.: 0 23 31 / 8 15 36
Fax: 0 23 31 / 98 45 89
renate@drewke.org
Arbeitsschwerpunkte:
Projekt Mehrheit 2009/2010, Grund-
satzprogramm, Verwaltungsstruktur
und -modernisierung

**Frechen, Gabriele MdB**

Wahlkreisbüro
Dr. Tusch-Str. 1-3, 50226 Frechen
Tel.: 0 22 34 / 20 28 97
Fax: 0 22 34 / 20 28 99
gabrielle.frechen@wk.bundestag.de
www.gabi-frechen.de
Arbeitsschwerpunkte: Finanzen, Steuern,
Kommunalpolitik, Programmdebatte

**Kaczmarek, Oliver**

Westicker Str. 9, 59174 Kamen
Tel.: 0 23 07 / 92 66 26
Fax: 0 23 03 / 2 53 14 99
oliver.kaczmarek@spd-online.de
Arbeitsschwerpunkte: Bildung und
Schule, Strukturkommission

**Konzelmann, Thorsten**

Hermann-Renner-Str. 10
51645 Gummersbach
Tel.: 0 22 61 / 5 34 09
Fax: 0 22 61 / 5 34 09
thorsten-konzelmann@t-online.de
Arbeitsschwerpunkte: Schule, Sport

**Köster, Dr. Dietmar**

Ruhrhöhenweg 12, 58300 Wetter
Tel.: 0 23 02 / 80 14 32
Fax: 0 23 02 / 91 52 75
koesterdietmar@aol.com
Arbeitsschwerpunkte: Zukunft des
Sozialstaates und Gestaltung des demo-
grafischen Wandels, Bildungspolitik

**Krebs, Andreas**

Weidenstr. 3, 45739 Oer-Erkenschwick
Tel.: 0 23 68 / 5 76 48
Fax: 0 23 68 / 89 23 22
andreas-krebs@spd-oe.de
Arbeitsschwerpunkte: Kinder, Jugend
und Soziales

**Pfingsten, Jutta**

Peterstr. 33 d, 46236 Bottrop
Tel.: 0 20 41 / 18 64 20
Fax: 0 20 41 / 2 12 28
jutta.pfingsten@gmx.de
Arbeitsschwerpunkte: Kommunale
Sozial- und Integrationspolitik



Rodenbrock-Wesselmann, Anne

Theenhausener Str. 4
33790 Halle/Westfalen
Tel.: 0 52 01 / 21 55
Fax: 0 52 01 / 183 - 105
annewess@spd-online.de
Arbeitsschwerpunkte:
Kommunalpolitik, Soziales, Kinder und
Jugend, Bildung und Schule



Simshäuser, Monika

SPD Hamm,
Westhofenstr. 1, 59065 Hamm
Tel.: 0 23 81 / 9 24 25 20
Fax: 0 23 81 / 9 24 25 45
spd-fraktion@stadt.hamm.de
Arbeitsschwerpunkte:
Kommunalpolitik, Regionalisierte
Strukturpolitik, Kulturpolitik



Schulze, Svenja Mdl

Wahlkreisbüro Münzstr. 15
48143 Münster
Tel.: 02 51 / 79 26 50
Fax: 02 51 / 4 84 03 22
svenja.schulze@landtag.nrw.de
www.svenja-schulze.de
Arbeitsschwerpunkte:
Verbraucherpolitik, Umwelt- und
Naturschutzpolitik, Ländlicher Raum



Schumann, Michelle

SPD Herne
Bochumer Str. 26, 44623 Herne
Tel.: 0 23 23 / 94 91 34
Fax: 0 23 23 / 94 91 33
michelle.schumann@spd-online.de
www.spd-herne.de
Arbeitsschwerpunkte:
Wirtschaft, Soziales, Kommunales



Tausch, Cornelia

Ritterstr. 72, 42285 Wuppertal
Tel.: 02 02 / 89 95 51
cornelia.tausch@spd-online.de
www.cornelia-tausch.de
Arbeitsschwerpunkte:
Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft



Tsalastras, Apostolos

Luisenstr. 38, 40721 Hilden
Tel.: 02 08 / 825 - 22 28
Fax: 02 08 / 825 - 53 00
apostolos.tsalastras@oberhausen.de
Arbeitsschwerpunkte:
Soziales, Gesundheit, Integration,
Migration, Sport, Kultur,
Programmdebatte



Tüttenberg, Achim Mdl

Zum Kirchsiefen 7, 53842 Troisdorf
Tel.: 02 11 / 8 84 28 69
Fax: 02 11 / 8 84 31 97
a.tuettenberg@t-online.de
www.achim-tuettenberg.de
Arbeitsschwerpunkte: Kommunalpolitik,
Verwaltungsstrukturreform



Veldhues, Elisabeth Mdl

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 8 84 26 76
Fax: 02 11 / 8 84 31 54
elisabeth.veldhues@landtag.nrw.de
www.elisabeth-veldhues.de
Arbeitsschwerpunkte: Soziales,
Gesundheit, Demografischer Wandel



Vöge, Horst

Feldstr. 88, 48535 Dinslaken
Tel.: 0 20 64 / 4 07 33
Fax: 0 20 64 / 5 43 75
horstvoege@web.de
Arbeitsschwerpunkte: Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Demografischer Wandel



Walsken, Gisela Mdl

Landtag NRW
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 8 84 26 31
Fax: 02 11 / 8 84 31 71
gisela.walsken@landtag.nrw.de
www.gisela-walsken.de
Arbeitsschwerpunkte: Haushalts- und
Finanzpolitik

Beratende Mitglieder

An den Sitzungen des Landesvorstandes nehmen mit beratender Stimme der Vorsitzende des Landesparteiirates, die Vorsitzenden der Regionen, die Vorsitzende der Landtagsfraktion, die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften auf Landesebene, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW sowie ein Vertreter oder eine Vertreterin der sozialdemokratischen Abgeordneten im Europaparlament und im Deutschen Bundestag teil.

Die NRWSPD verstärkt die regionale Kooperation. Die 54 Unterbezirke in NRW werden zu zehn Regios zusammengefasst.



VON MICHAEL GROSCHKEK, GENERALSEKRETÄR NRWSPD

Die NRWSPD professionalisiert und bündelt die Arbeit ihrer hauptamtlich Beschäftigten. Wir wollen mit Blick auf die Wahlkämpfe in den Jahren 2009 und 2010 die Schlagkraft der Partei deutlich erhöhen. Zentrale Ziele der Strukturreform sind daher die Optimierung von Abläufen innerhalb der Organisation, die Stärkung der Kampagnenfähigkeit und die Verbesserung von Service und interner Kommunikation.

Durch die regionale Kooperation der Unterbezirke und die Bildung von Teamstrukturen soll eine Bündelung

der hauptamtlichen Arbeit ermöglicht werden. Die 54 SPD-Unterbezirke in Nordrhein-Westfalen werden in zehn so genannten Regios zusammengebunden. Dabei wurde teilweise auf Regionalverbände zurückgegriffen, die sich bereits in der Vergangenheit bewährt haben. Beispiele sind Ostwestfalen-Lippe, das Münsterland oder die Modellregionen Ruhr-Ost/Hellweg und Aachen.

Wir wollen die Bürgerbüros in den Unterbezirken von administrativen Aufgaben entlasten und sicherstellen, dass mehr Zeit für die Anliegen der Menschen vor Ort zur Verfügung steht. Die Bürgerbüros werden künftig politi-

scher arbeiten. Das schließt die professionelle Zuarbeit für die mit einem Ehrenamt versehenen Vertreter der SPD ein. Die in den Unterbezirken anfallenden administrativen Aufgaben werden künftig von einem neu einzurichtenden Service-Center übernommen.

Für die Strukturreform spricht eine ganze Reihe von Gründen: Die Anforderungen an die Parteiarbeit haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Die Mitgliederentwicklung ist regional sehr unterschiedlich. Und nicht zuletzt geht es auch darum, die knapper werdenden finanziellen Mittel der Partei durch eine Straffung der Arbeit zielgenauer einzusetzen. Um es klar zu

sagen: Der Zwang zur Konsolidierung ist auch mit einer Reduzierung des hauptamtlichen Personals verbunden.

Ich bin aber davon überzeugt, dass die jetzige Lösung dafür sorgen wird, dass die NRWSPD künftig noch näher bei den Menschen ist. Wir können über die neue Organisationsform mehr für unser sozialdemokratisches Profil tun und somit erkennbarer und wahrnehmbarer werden. Und letztlich verspreche ich mir auch eine Verbesserung der internen Arbeitsabläufe. Die Strukturreform der NRWSPD ist ein Meilenstein auf dem Weg zu anderen Mehrheiten in unserem Land. Dafür lohnt es sich zu kämpfen und zu arbeiten. ■

NRWSPD bündelt ihre Kräfte

Mehrheiten müssen organisiert werden

Projekt 2009/2010 ist Grundlage für den Erfolg bei künftigen Wahlen

Die NRWSPD muss bei den Europa-, Kommunal- und Bundestagswahlen 2009 sowie bei der Landtagswahl 2010 neue Mehrheiten erarbeiten. Um dies zu erreichen, bedarf es eines planmäßigen Prozesses und einer verbindlichen Projektplanung. Klar ist: Wer mit seinen Botschaften durchdringen und die Menschen überzeugen will, der muss struk-

turiert vorgehen. Dieser Aufgabe stellt sich die NRWSPD mit ihrem Projekt 2009/2010. Auf einer Arbeitskonferenz von haupt- und ehrenamtlichen Vertretern der NRWSPD sind am 20. Mai in Oberhausen zwischen Landesverband und Unterbezirken verlässliche Absprachen über Arbeitsschwerpunkte vor Ort formuliert worden. Die dort definierten Ziel-

vereinbarungen und deren Umsetzung sind wichtige Bausteine auf dem Weg zu neuen Mehrheiten in den Jahren 2009/10. Exemplarisch dokumentiert der „Vorwärts NRW“ Aufgabenfelder und Initiativen, denen sich die Unterbezirke Köln, Lippe und Mülheim in den kommenden Jahren vorrangig widmen wollen.



Um Mitglieder werben!

VON UTE SCHÄFER, VORSITZENDE DES UNTERBEZIRKS LIPPE

Im Kreis Lippe stellt die CDU den Landrat und sieben von 16 Bürgermeistern. Die lippische SPD hat sich ein Ziel gesetzt: Wir wollen im Jahr 2009 den Landrat stellen und die Zahl der Bürgermeister weiter erhöhen.

Ich glaube, dass wir mit dem vom Landesverband gestarteten Projekt 2009/2010 gute Chancen haben, diese ehrgeizigen Vorgaben zu erreichen. Kein Zweifel: Der Kreisverband Lippe ist fest entschlossen, heute die inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen für künftige Wahlerfolge zu schaffen.

Wir werden im Herbst dieses Jahres ein Zukunftsforum – begleitend zum Zukunftskongress der NRWSPD am 18. November – durchführen. Im Mittelpunkt soll die Diskussion über ein kinder- und familienfreundliches Lippe stehen. Besonderes Augenmerk soll der Frage gelten, wie das Ausbildungsplatzdefizit in unserer Region beseitigt und die Schulausbildung nachhaltig verbessert werden kann. Zu diesen Themen wünschen wir vor, während und nach dem Zukunftskongress eine breite Debatte mit allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen.

Wir wünschen uns, dass die Ortsvereine in unserer Region sich intensiv an den notwendigen inhaltlichen Debatten beteiligen. Nur so wird gewährleistet, dass unsere Politik und unsere Botschaften bei den Menschen im Land auch wirklich ankommen.

Organisatorisch werden wir besondere Anstrengungen unternehmen müssen, um die Zahl unserer Mitglieder zu erhöhen. In diesem Zusammenhang werden wir mit der zugesagten Unterstützung der NRWSPD auch eine Mitgliederwerbekampagne

durchführen, damit uns neue, kreative und engagierte Menschen bei der Verfolgung unserer Ziele unterstützen können.

Schon heute ist absehbar, dass einhundert Genossinnen und Genossen nicht mehr für die Räte und den Kreistag kandidieren werden. Das zeigt: Wir brauchen nicht nur neue Mitglieder. Wir brauchen auch Bürgerinnen und Bürger, die aktiv Politik machen wollen. In der SPD gibt es zahlreiche engagierte Menschen mit den unterschiedlichsten Qualifikationen und Talenten. Aus diesen Genossinnen und Genossen sollen Kandidatinnen und Kandidaten werden. Dafür setzen wir uns mit ganzer Kraft ein, damit die SPD bei den nächsten Wahlen erfolgreich abschneidet.



Miteinander den Erfolg schaffen

VON JOCHEN OTT, VORSITZENDER DES UNTERBEZIRKS KÖLN

Kein Zweifel: Erfolgreiche Politik braucht Öffentlichkeit! Ohne die entsprechende Resonanz in den Medien bleibt manche gute Idee und manche gute Tat unentdeckt und damit auf der Strecke. Kampagne heißt das Zauberwort. Und wenn es um Landespolitik geht, ein klarer Job für die Landespartei. Die andere Seite der Medaille heißt „Vertrauensarbeit“: vor Ort, von Mensch zu Mensch, konkret und alltäglich – und vor allem unverzichtbar. Kein Zweifel: Ein Job für Unterbezirk und Ortsverein. Moderne Politik braucht beides: Professionalität und bürgerschaftliches Engagement.

Wir in Köln haben nach dem recht guten Abschneiden bei den letzten Wahlen unser Konzept für das Ziel „Mehrheiten 2009/2010“ entsprechend angelegt. In den vielfältigen inhaltlichen Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder und Interessierte greifen wir die zentralen Kampagnen-Themen der Landespartei auf. Ob Familie, Jugend, demographischer Wandel oder die Zukunft der Bildung – die Themen der Menschen bestimmen unsere Tagesordnung. Damit schaffen wir die notwendigen Möglichkeiten, die Ergebnisse unserer Debatten in die Positionsbestimmungen auf Landesebene einzubringen und organisieren andererseits Foren für eben diese Positionen. Sozialdemokratische Meinungsbildung als „Zweibahnstraße“.

Mit einem „Leitbild für die politische Arbeit der KölnSPD“ begleiten wir diesen Prozess der inhaltlichen Arbeit. Es kommt



Ohne Ziel kein Weg

VON FRANK ESSER, VORSITZENDER DES UNTERBEZIRKS MÜLHEIM A.D. RUHR

Parteien sind zielstrebig. Gut, wenn nicht nur gestrebt wird, sondern auch richtig gezielt. Im Visier: 2009 und 2010, Kommunal- bzw. Landtagswahl in NRW. Da wollen wir ins Schwarze treffen.

Für uns ist die Zielvereinbarung eine verbindliche Verabredung: ein Trainings- und Fitnessprogramm für uns. Was steht in unserer Zielvereinbarung?

Am 29.9. des Jahres veranstalten wir einen Zukunftskongress. Zentrale Themen: Stadt der Zukunft, Schule der Zukunft und neue Wege der Integration – drei Schlüsselthemen.

Schon seit zwei Jahren arbeiten in Mülheim thematische Projektgruppen, offen für alle. Abgedeckt ist das gesamte politische Themenspektrum und: Die Menschen kommen zu den Projektgruppen. In einigen ist die Zahl der Nichtmitglieder größer als die der Genossinnen und Genossen. Diese Arbeit setzen wir fort und werden sie intensivieren.

Die SPD ist starke Mitgliederpartei. Das muss so bleiben. Deshalb wagen wir regelmäßig den kritischen Blick auf uns selbst. Klar sind wir gut, doch alles Gute kann man besser machen. Um dies zu erreichen, wenden wir professionelle Analysemethoden an.

PEP – gleich Personalentwicklung – wird ein weiterer Schwerpunkt sein. Menschen wählen Menschen und keine gesichtslosen Organisationen. Wir brauchen das beste Personalangebot von allen. Deshalb läuft ab sofort ein intensives Fitnessprogramm für zukünftige Kandidatinnen und Kandidaten.

Wer sein Ziel nicht kennt, für den ist kein Weg gut – sagt ein altes Sprichwort. Wir kennen das Ziel. Wir machen uns auf den Weg. ■

schließlich nicht nur darauf an was man macht, sondern auch wie man es tut. Für uns in Köln gilt dabei das Prinzip gegenseitiger Wertschätzung. Keine Aufgabe in unserer Partei ist wichtiger als die andere. Der Unterbezirk kann nicht die Arbeit der Ortsvereine tun – und das gilt umgekehrt genauso. Nur miteinander schaffen wir Erfolg!

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns natürlich besonders über die Bereitschaft des Landesverbandes, die Unterbezirke bei ihrer Arbeit zu unterstützen, die durch die sogenannten „Zielvereinbarungen“ zum Ausdruck kommt. Erfolg klappt dann, wenn sich alle Beteiligten an ihre Zusagen halten und verlässlich sind. Auch hier gilt das Motto „Miteinander“. Stadt und Land – Hand in Hand. Oder wie es mir einmal ein alter Genosse sagte: „Alleine schaffst Du gar nichts!“ ■



Der Solidarpakt Ost muss umgebaut werden

Neubestimmung der Förderkriterien notwendig

VON HANNELORE KRAFT
VORSITZENDE DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

Ein Solidarpakt darf diejenigen nicht überfordern, die ihn finanziell tragen. Zum anderen muss das Geld auch strikt für den vereinbarten Zweck eingesetzt werden. Wenn diese Regeln nicht befolgt werden, geht die Basis von Solidarität schnell verloren. Deshalb fordere ich einen Umbau des Solidarpakts Ost.

Der Dresdner Finanzwissenschaftler Helmut Seitz hat in einer neuen Studie ermittelt, dass jeder zweite Euro der Transferzahlungen von West- nach Ostdeutschland zweckentfremdet einge-

setzt wird. Diese Untersuchung zum Aufbau Ost unterstreicht noch einmal das, was ich bereits vor Wochen ange-mahnt habe. Die Solidarität in Westdeutschland für den Osten wird massiv gefährdet, wenn wir im Rahmen des Solidarpakts nicht zu einer Neuausrichtung der Förderung kommen. Bedürftigkeit statt Himmelsrichtung muss die neue Richtschnur sein – in Ost und West.

Die Landesregierung hat dem Landtag in einer Anfrage mitgeteilt, dass die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen von 1996 bis 2005 mindestens 7,1 Milliarden Euro an unmittelbar zuzuordnenden

Solidarbeiträgen aufgebracht haben. Darüber hinaus gehende finanzielle Belastungen, die alle Kommunen bundesweit in ihrer Gesamtheit betreffen, seien dabei nicht berücksichtigt, heißt es weiter.

Etliche hoch verschuldete Kommunen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet, können ihre Beiträge für den Solidarpakt Ost aber nur noch über neue Kredite bezahlen. Es kann doch nicht sein, dass Städte und Gemeinden in NRW, die arm wie die Kirchenmäuse sind, unter hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Steuereinnahmen leiden, ostdeutsche Städte wie

Dresden unterstützen müssen, die zukünftig praktisch schuldenfrei sind. Wenn wir die weiterhin notwendige Solidarität West für Ostdeutschland erhalten wollen, darf man den Bogen nicht überspannen. Wir brauchen eine bundesweite Neubestimmung der Förderkriterien, die sich für alle Kommunen in West und Ost nach Kennziffern wie Verschuldungsgrad, Arbeitslosenquote oder Steuerkraft richten muss.

Ich habe deshalb die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände aus Nordrhein-Westfalen eingeladen, um über eine entsprechende gemeinsame Initiative zu beraten. ■

Karl Schultheis: Fremdbestimmung statt Freiheit

Nach der Einführung von Studiengebühren plant FDP-Wissenschaftsminister Pinkwart mit dem so genannten „Hochschulfreiheitsgesetz“ den nächsten Anschlag auf die Bildung. Er läutet das Ende der Gruppenhochschule aufgrund des Irrglaubens ein, der Staat könne Hochschulen mit Unternehmen gleichsetzen. Der Staat selber gibt die Verantwortung für Bildung und Wissenschaft ab.

Geplant sind die Außensteuerung der Hochschule durch einen unternehmensdominierten Hochschulrat (besser: Aufsichtsrat) und ein Entschei-

dungsmonopol der Hochschulleitung (besser: Vorstand). Die Änderungen bei Struktur und Finanzierung der Hochschulen werden die Hochschullandschaft in NRW negativ beeinflussen und dem Wirtschaftsstandort NRW nachhaltig Schaden zufügen.

Es wird bewusst in Kauf genommen, dass die Wirtschaft einen zentralen Einfluss auf die Entwicklung unserer Hochschulen nimmt. Zu befürchten ist, dass vermeintlich „unrentable“ Studiengänge einen enormen Bedeutungsverlust erfahren werden. Damit ist aber die Breite der Bildungslandschaft in

NRW gefährdet. Eine weitere Konsequenz aus dem Pinkwart-Gesetz wird die gezielte Verlagerung von Forschung aus den Unternehmen (die auf den jeweiligen Hochschulrat Einfluss haben) in die Hochschulen sein. Dieses führt nicht zu einer Steigerung der Forschungsausgaben in NRW, sondern bestenfalls zu einer Stagnation. ■



Karl Schultheis, Hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Verfassungsbruch wird zum Regelfall

Die Landesregierung wird auch für das Jahr 2007 keinen verfassungskonformen Haushalt vorlegen können. Sie verstößt zum wiederholten Male gegen das Verfassungsgebot, wonach die Neuverschuldung nicht höher sein darf als die Summe der Investitionen. „Der ungenierte Verfassungsbruch von Schwarz-Gelb lässt das von Helmut Linssen selbst gewählte Bild vom Finanzminister als ehrlichem Kaufmann wie eine Seifenblase zerplatzen“, erklärte jetzt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Gisela Walsken.

Walsken kritisierte, dass das Land den Kommunen neue millionenschwere Lasten auferlegt. So müssten alleine bei der Krankenhausfinanzierung die Städte und Gemeinden künftig fast 100 Millionen Euro mehr zahlen. Der Etat sei obendrein unsozial und kinderfeindlich.

Gegen die von der Landesregierung vorgelegten Etats der Jahre 2005 und 2006 klagt die SPD beim Verfassungsgericht in Münster. Finanzminister Linssen erklärt, es sei derzeit „objektiv unmöglich“ bei der Haushaltsaufstellung die Verfassung einzuhalten. Allerdings kennt die Landesverfassung keine solche Begründung für die Aufstellung eines nicht verfassungskonformen Haushaltes. ■

SPD-Fraktion: Laumann gefährdet Sicherheit

Die Sparpläne der schwarz-gelben Landesregierung im Maßregelvollzug für psychisch kranke Straftäter gefährden nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion die Sicherheit in NRW. Kürzungen im Personalbestand können zu Eskalationen in den Einrichtungen führen, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Birgit Fischer jetzt in Düsseldorf. Sie forderte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) auf, dem Parlament ein Konzept zur Zukunft der forensischen Psychiatrien vorzulegen. Das Gesundheitsministerium erwägt, vom nächsten Jahr an jährlich 17 Millionen Euro im Maßregel-

vollzug einzusparen. Für dieses Jahr seien Budget-Kürzungen um 16 Millionen auf 200 Millionen Euro beschlossen worden, berichtete der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rainer Bischoff. Mit 2.240 Patienten auf eigentlich nur 1.160 Plätzen sei in NRW schon jetzt eine drastische Überbelegung mit schwierigen Anforderungen an das Personal festzustellen, ergänzte Fischer. Als „fixe Idee“ bezeichnete sie Laumanns Überlegungen, Stellenstreichungen auszugleichen, indem die Straftäter über Nacht und über Mittag ohne Anwesenheit von Betreuern eingesperrt würden.

Die Träger der forensischen Einrichtungen befürchten, dass sie infolge des Sparkurses mittelfristig rund 400 Stellen streichen müssen. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Carina Gödecke, sagte: „Die Menschen in diesem Land haben sich auf die Zusage von CDU und FDP aus dem Jahr 2004 verlassen, dass es keine Abstriche von dem damals im Landtag gemeinsam verabredeten Sicherheitskonzept gibt. ... Nun lässt vor allem die CDU die Bürgerinnen und Bürger einfach im Stich.“ Wer so handele, der ignoriere die Ängste der Menschen, fügte Gödecke hinzu. ■

Regierung Rüttgers ist tatenlos – 70.000 Jugendliche in NRW suchen einen Ausbildungsplatz

VON RAINER SCHMELTZER, STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

Am 29. Mai 2006 war der Tag der Ausbildung. Das ist eine gute Sache. Die Bundesagentur ist gerannt, die Kammern waren aktiv, die Medien haben umfangreich berichtet. Die Politik, Bürgermeister und Landräte beteiligten sich, gingen Klinken putzen, warben Ausbildungsplätze ein, die eventuell anders nicht zustande gekommen wären.

Und was tut die schwarz-gelbe Landesregierung? Einzig Frau Ministerin Thoben richtete im Kreis Coesfeld im Rahmen einer Pressekonferenz einen Appell an die dortigen Firmen, noch einmal zu überdenken, ob nicht doch ein Auszubildender eingestellt werden könne. Und das war es auch schon mit dem Engagement zum Tag der Ausbildung 2006.

Im Mai haben in NRW noch 70.000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz gesucht. Rund 4.000 Berufsausbildungsstellen weniger wurden im

Vergleich zum Vorjahresmonat gemeldet – allein in Bergisch Gladbach ein Minus von 261, in Bonn minus 766, in Herford minus 623, in Recklinghausen minus 446.

Die Situation am Ausbildungsmarkt ist dramatisch. Wie sagt selbst CSU-Minister Glos: „Jeder Jugendliche, den man heute selber ausbildet, kann morgen die wichtigste Stütze



des Betriebes sein.“ Recht hat er! Und unser Vizekanzler Franz Müntefering ergänzt: „Die jungen Leute brauchen eine Chance, und die Unternehmen brauchen künftig Fachleute. Da muss mehr Druck in den Kessel“

Diesen Druck müssen auch die ausüben, die ihrer Verpflichtung nachkommen und oftmals sogar über den eigenen Bedarf ausbilden. Das gilt für die Gewerkschaften. Das gilt im Übrigen auch für die Parteien. Wir Sozialdemokraten bilden an vielen Stellen aus.

In meiner Heimatstadt habe ich durchaus positive Erfahrungen gesammelt – oft durch persönliche Ansprache, aber häufig auch durch das Engagement der Unternehmen. In meiner Heimatstadt Lünen gibt es den Zusammenschluss von Unternehmern, „Pro Lünen“ genannt, der für mehr Ausbildungsplätze eintritt und im Kreis der Kollegen auch massiv dafür wirbt. Und das mit Erfolg!

Was wir in dieser Situation sicher nicht brauchen, ist eine Diskussion über die Höhe der Ausbildungsvergütungen. Der Unions-Vorstoß für eine Senkung der Lehrlingsgehälter wird auch von vielen Handwerksmeistern abgelehnt. Wir brauchen Engagement und Ideen. Alle Wirtschaftspolitiker, insbesondere die zuständigen Minister in Bund und Land, müssen sich noch stärker bei den Arbeitgebern für zusätzliche Ausbildungsplätze einsetzen. Wir alle müssen uns Gedanken darüber machen, wie die Nachvermittlung intensiviert werden kann. Die schwarz-gelbe Landesregierung darf in dieser wichtigen Frage die Hände nicht in den Schoß legen. Sie muss sich die Hacken abrennen. ■



Rege Teilnahme beim Vorwärts WM-Gewinnspiel

Die Fußball-Weltmeisterschaft elektrisiert Deutschland. Und ganz offenkundig auch die Leser des **Vorwärts**.

In der letzten Ausgabe hatten wir unsere Leserinnen und Leser aufgefordert, einen Tipp anzugeben. „Wer wird Fußball-Weltmeister 2006“ lautete die zugegebenermaßen schwierige Frage. Zahlreiche Zuschriften haben uns erreicht. Einsendeschluss war der Beginn des Turniers am 8. Juni 2006.

Wir alle warten nun gespannt darauf, wer letztlich das WM-Endspiel erreicht und die FIFA-Trophäe in Empfang nehmen wird. Die Gewinner unseres Gewinnspiels werden nach dem Finale am 9. Juli 2006 ermittelt und im nächsten **Vorwärts** vorgestellt.

Zu den attraktiven Preisen zählen ein Tischkicker, Fußbälle und Fußballtrikots.

Wir freuen uns über die rege Teilnahme und wünschen allen Mitspielerinnen und Mitspielern viel Glück!



Wieder kein Sommer ohne Feinstaub

VON JUTTA HAUG
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Am 19. Juli 1999 hat die Europäische Union die Feinstaubrichtlinie verabschiedet. Ziel dieser Richtlinie ist es, Partikel mit einem Durchmesser von weniger als 10 Mikrometern in der Luft (PM10) zu reduzieren. Langfristig sollen damit die Bedingungen für die menschliche Gesundheit verbessert werden. Bis zum 1. Januar 2005 hatten die Landesregierung und die Bezirksbehörden in NRW Zeit, mit konkreten Maßnahmen die in der Richtlinie vorgeschriebenen Luftgrenzwerte zu erreichen. Doch wer glaubt, er atme seit dem letzten Sommer frischere Luft und

lebe somit gesünder, der hat sich getäuscht. Die auf der Homepage des Landesumweltamtes NRW ständig aktualisierten Messergebnisse über die Luftqualität belegen: Die Luftqualität ist durch lokale Minderungsmaßnahmen zwar verbessert worden. Doch die bisher eingeleiteten Schritte zur Luftreinhaltung reichen nicht aus, um die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte einzuhalten. Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund einer mehr als fünfjährigen Umsetzungsfrist reichlich blamabel.

Wie reagiert nun die Kommission auf derartige Versäumnisse? Sanktionen wird es zunächst nicht geben. Im Som-

mer letzten Jahres hat die Kommission ihren neuen Vorschlag für eine Strategie zur Bekämpfung der Luftverschmutzung vorgestellt. Die Mitgliedstaaten bekommen weitere fünf Jahre Zeit, um die Luftqualität zu verbessern. Voraussetzung: Es muß ein plausibler Luftreinhaltplan vorgelegt werden. Die Landesregierung sollte sich freilich nicht zu früh freuen. Sie mag zwar Zeit gewonnen haben. Aber die Kommission hat gleichzeitig strengere Kriterien für die Luftreinhaltung definiert. Somit sieht die Strategie nicht nur Grenzwerte für PM10, sondern auch für kleinere Partikel mit einem Durchmesser von weniger als 2,5 Mikrometern vor. Diese Schwebeteil-

chen dringen nämlich besonders einfach und tief in die Lunge des Menschen ein. Sie sind also eine große Gefahr für die menschliche Gesundheit. Mit der Luftreinhaltstrategie soll innerhalb der nächsten 15 Jahre die Zahl der Todesfälle, die durch die Luftverschmutzung herbeigeführt werden, um vierzig Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig sollen weniger Wälder und andere Ökosysteme durch Luftschadstoffe in Mitleidenschaft gezogen werden.

Können wir also hoffen, dass uns wenigstens innerhalb der nächsten fünf Jahre das Atmen in NRW erleichtert wird?! ■